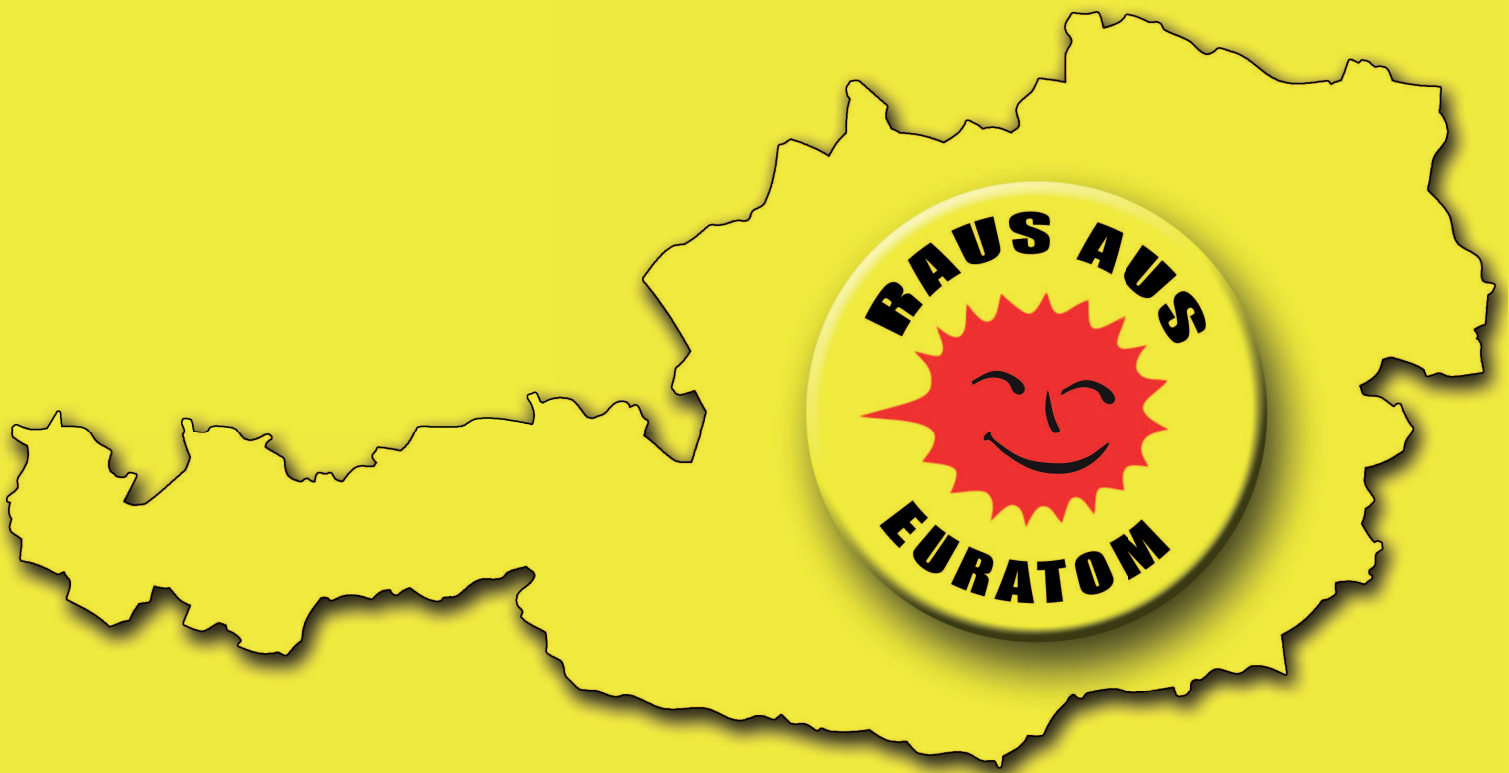


Nach dem Lesen bitte an Interessierte weitergeben!

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2009, 34. Jahrgang, Nr. 205



78% DER ÖSTERREICHERINNEN WOLLEN RAUS!



Keine Insel der Seligen ...

Die ÖsterreicherInnen haben sich vor 30 Jahren in einer zukunftsweisenden Entscheidung gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ausgesprochen. Viele unlösbare Probleme im Zusammenhang mit der Anwendung der Atomenergie sind so den ÖsterreicherInnen erspart geblieben – Stichworte: Endlagersuche, Transport von radioaktiven Abfällen, erhöhte Krebsraten im Umkreis von Atomkraftwerken. Wenn das AKW Zwentendorf in Betrieb gegangen wäre, wären wohl weitere Atomkraftwerke in Österreich realisiert worden – St. Pantaleon in Niederösterreich zum Beispiel.

Die Atomindustrie spürt – wegen der Klimadebatte – Aufwind und macht Stimmung mit Prognosen wie sich die Atomenergie in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird. Diese Prognosen halten den aktuellen Zahlen aber nicht Stand und es wäre nicht das erste Mal, dass die Atomindustrie ihre Bedeutung überschätzen würde (siehe S. 6/7).

Trotz dem „Nein“ der ÖsterreicherInnen zur Atomenergie ist Österreich weit davon entfernt, eine Insel der Seligen zu sein – und trotz dem „Nein“ zur Atomenergie werden die österreichischen Steuerzahler zur Kassa gebeten und müssen für EURATOM jährlich Millionen Euro nach Brüssel abliefern! Die ÖsterreicherInnen sehen diese Zahlungen äußerst skeptisch und es verwundert wahrscheinlich nicht:

Die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen ist für einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag (siehe Umfrage market-Institut S. 3)*.

Österreich kann – und das belegen drei Gutachten – einseitig aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen und damit ein längst überfälliges Signal setzen: Aus Österreich gibt es keine Unterstützung für die Atomenergie! Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wäre von einem solchen Schritt in keinsten Weise berührt.

35 Anti-Atom- und Umweltorganisationen und Unternehmen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien unterstützen die Kampagne „Öster-

reich – RAUS aus EURATOM“ (Stand: Nov. 2008 - siehe S. 5). Acht Landtage (alle Bundesländer außer Burgenland) haben Resolutionen eingebracht bzw. beschlossen, in denen der Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag thematisiert wird.

Schöne Grüße
Roland Egger
Geschäftsführender Obmann

*Eckdaten der market-Umfrage:
Telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren / Befragungszeitraum: 12. bis 15. Oktober 2008 / Auswertungsbasis: n = 501 / Max. statist. Schwankungsbreite: +/-4,48 Prozent



1978 entscheiden 50,4%: keine AKWs in Österreich
2008 sagen 78% der ÖsterreicherInnen: RAUS aus EURATOM!

market-Umfrage untermauert Forderung „RAUS aus EURATOM“

Die Organisationen, die den Ausstieg Österreichs forcieren, können sich einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung sicher sein. Nach der jüngsten repräsentativen österreichweit durchgeführten Meinungsumfrage (siehe S. 2) des Linzer market-Instituts wollen

78% der ÖsterreicherInnen „RAUS aus EURATOM!“ Und zwar soll dieser Ausstieg so schnell wie möglich erfolgen! **81% der Befragten** haben zu den österreichischen Zahlungen an EURATOM eine negative Einstellung!

Fast drei Viertel der Befragten (72%) würden ein Volksbegehren „RAUS aus EURATOM“ unterschreiben. Eine interessante Perspektive für unsere weitere Arbeit!

Wir haben im letzten *atomstopp* nach Ihrer Einstellung zu einem Volksbegehren gefragt.

Volksbegehren als möglicher Weg für den Ausstieg aus EURATOM?

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die Rückmeldungen!

Die Rückmeldungen im Einzelnen:

„Volle Unterstützung für ein Volksbegehren, weiter so!“ (Telefonat: Rudolf S.)

„Natürlich sind wir für ein Volksbegehren!“ (SMS: Heinrich S.)

„Volksbegehren grundsätzlich ja – Problem derzeit: Kampagne noch zu wenig sichtbar!“ (Telefonat: Alois R.)

„Austritt ist überlegenswert, denn unsere Politiker können unsere Forderungen ohnehin nicht durchsetzen. Warum sollen wir dann noch sinnlos Geld in diesen „Verein“ stecken?“ (Email: Christoph R.)

„Ich finde die Idee absolut super und notwendig!“ (Email: Stefan S.)

„Ob das etwas bringt, weiß ich nicht. Gerade gestern sah ich im Fernsehen eine Umfrage, bei der 41 (!) Prozent für Atomstrom waren (an 1. Stelle vor Öl, Gas, ...).“ (Email: Rudolf S.)

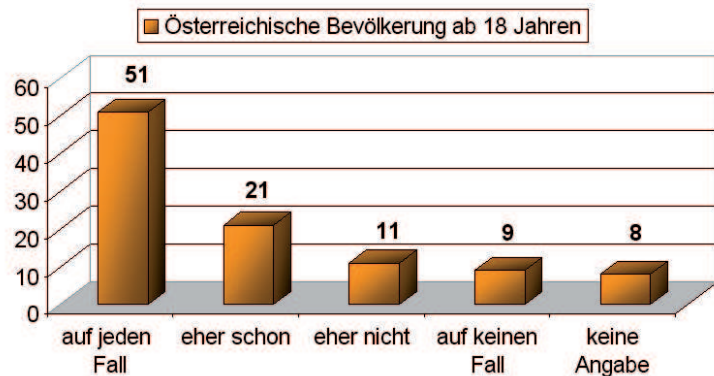
„Ein Volksbegehren - „RAUS aus EURATOM“ finde ich super, aber in Kombination mit der Forderung das Geld für ein Ökostromgesetz nach deutschem Vorbild zu machen und zusätzliche Umsetzung von Energieeffizienz/speziell Strom und einer transparenten Stromkennzeichnung!“ (Email: Gottfried B.)

Politische Unterstützung...

...für die Forderung „Österreich – RAUS aus EURATOM“ gibt es von der Freiheitlichen Partei (FPÖ), den Grünen und dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und von einzelnen Nationalräten der SPÖ und der ÖVP. Bislang gibt es aber keine Mehrheit im Nationalrat für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM und auch keine Mehrheit, die im Plenum beschließen könnte, über den Ausstieg Österreichs aus EURATOM eine Volksabstimmung einzuleiten ...

Als mögliche Option bleibt somit der

Würde man ein Volksbegehren in einem Eintragungslokal unterschreiben?



Vor Jahren hätten wir schon aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen sollen. Unbedingt ja zur Forderung „Raus aus EURATOM“, freiwerdende Mittel für Alternativenergien verwenden. Ein Volksbegehren muss aber differenziert betrachtet werden: Es ist nur dann das richtige Mittel, wenn die Zustimmung in Österreich zur Forderung sehr breit ist. Und man muss bedenken: Es hat schon Volksbegehren mit sehr vielen Unterstützern gegeben und es hat trotzdem nichts gebracht. Die Frage ist, ob man sich den Arbeitsaufwand antun soll, wenn die Politik mit diesem Instrument der direkten Demokratie sich ja doch nicht zum Handeln bemüssigt fühlt. Volksbegehren haben sich als ziemlich zahnlos erwiesen. Man sollte sich überlegen, welche andere Möglichkeiten es außerdem noch gibt, dass man Österreich aus dem EURATOM-Vertrag herausbringt.“ (Telefonat: Emil H.)

Weg über ein Volksbegehren, in dem wir die Abhaltung einer Volksabstimmung über den Austritt fordern. Ab 100.000 Unterschriften müsste das Volksbegehren im Nationalrat behandelt werden ... und wie SPÖ und ÖVP eine Volksabstimmung argumentativ abschmettern würden, könnte spannend werden.

Wir sondieren jedenfalls weiter und versuchen, eine breite Allianz für ein Volksbegehren aufzubauen und alternativ nach Möglichkeiten zu suchen und mit Aktionismus, Lobbyieren bei unseren PolitikerInnen Stimmung für einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM zu machen! Wir sind uns bewusst, dass das Instrument „Volksbegehren“ nicht unumstritten ist – zuviel Hoffnung wurde schon darin gesetzt, ohne dass es wirklich konkrete Auswirkungen gegeben hätte!

30 Jahre Zwentendorf: 10 Thesen für die Energiewende!

Anlässlich des 30. Jahrestages der Zwentendorf-Volksabstimmung wurden von Umweltdachverband, IG Windkraft, Österreichischer Biomasseverband, raymann kraft der sonne, IG Passivhaus, oekonews und atomstopp_oberoesterreich symbolisch 10 Thesen an das Tor des AKW geschlagen.

„Auf dem Weg in eine nachhaltige Energiezukunft müssen wir das fossile Zeitalter hinter uns lassen und die Energiewende einleiten. Bis 2050 soll Energie in Österreich zu 100 % aus Erneuerbaren gewonnen werden. Dafür muss ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 45 % gesteigert werden“, sagt Ernst Scheiber (Österreichischer Biomasseverband).

„Eine Effizienzrevolution ist notwendig. Die Steigerung der Energieeffizienz kostet nur einen Bruchteil gegenüber der Bereitstellung von Energie aus fossilen und atomaren Energieträgern. Anstatt in neue fos-

sile Gasdampfkraftwerke zu investieren, könnte um ein Viertel des Geldes gleich viel Energie eingespart werden“, so Günter Lang (IG Passivhaus).

Überarbeitung der Ökostromnovelle gefordert

„Um eine zukunftsfähige Energieversorgung zu etablieren und erneuerbaren Energieträgern zum Durchbruch zu verhelfen, ist es notwendig, bessere Förderstrukturen zu schaffen. Bei der Ökostromnovelle besteht diesbezüglich weiterer Handlungsbedarf - die Deckelung der Förderung muss aufgehoben werden“, stellt Rudolf Raymann (raymann kraft der sonne) fest.

„Das Ökostromgesetz ist zwar auch nach der Novelle noch nicht das Gelbe vom Ei, aber es wurden doch viele Unsinnigkeiten der katastrophalen Novelle 2006 beseitigt. Deshalb ist als erster Schritt für einen weiteren Ausbau das In-Kraft-Treten dieser Novelle wichtig. Weiters brauchen wir in Österreich wieder Einspeisetarife auf Europeaniveau.

Nur so können wir das im Ökostromgesetz vorgesehene Ziel von zusätzlich 700 MW erreichen. 1,3 Mrd. Euro an Investitionen würden ausgelöst werden. Das wäre gut für die Umwelt und für die schwächelnde Konjunktur“, bemerkt Stefan Hantsch (IG Windkraft Österreich).

Atomenergie - NEIN!

„Es ist höchste Zeit, der Atomenergie in Europa eine Absage zu erteilen. Österreich muss RAUS aus EURATOM! Wir wollen, dass die Zahlungen an die Europäische Atomgemeinschaft gestoppt werden und die Mittel zur Förderung erneuerbarer Energieträger und zur Steigerung der Energieeffizienz verwendet werden!“, sagt Roland Egger (atomstopp_oberoesterreich).

„Die Einbeziehung externer Kosten von Energieträgern würde die dringend erforderliche Transparenz auf dem Energiemarkt schaffen. Die Mär vom billigen Atomstrom würde damit endgültig der Vergangenheit angehören und es wäre klar, dass fossile Energieträger und Atomstrom durch langfristig verursachte Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschäden nicht länger konkurrenzfähig sind“, meint Doris Holler-Bruckner (Oekonews).

„Österreich war punkto Ablehnung der Atomenergie ein Vorreiter. Dennoch sind 30 Jahre danach die Weichenstellungen für eine erneuerbare, effiziente und nachhaltige Energiewende immer noch nicht erfolgt. Die Zeit ist mehr als reif für eine grundlegende Neuausrichtung der Energiepolitik. Die Ökologisierung des Steuersystems ist die Basis dafür und die notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft“, appelliert Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweltdachverbandes, im Rahmen einer Pressekonferenz mit Niederösterreichs Umweltlandesrat Josef Plank.



Josef Plank, Umweltlandesrat (NÖ); Gerhard Heilingbrunner, Präsident Umweltdachverband; Michael Proschek - Hauptmann GF Umweltdachverband; Roland Egger, atomstopp; Stefan Hantsch, IG Windkraft bei der Pressekonferenz in Zwentendorf

Unterstützer der Kampagne „RAUS aus EURATOM“



Waldviertler
EnergieStammtisch



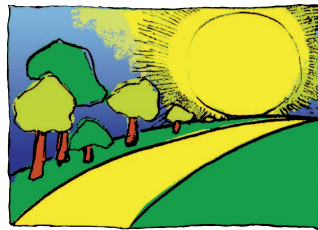
Verein für
Energie u. Umwelt



www.arge-ja.at
**ARGE Ja zur Umwelt
Nein zur Atomenergie**



ÄRZTINNEN UND ÄRZTE
FÜR EINE GESUNDE UMWELT



**Permakultur
AUSTRIA**



**PASSIVHAUS
ÖSTERREICH**

Netzwerk für Information,
Qualität und Weiterbildung

%attac



oekostrom
Unabhängig von Öl und Atom



raymann
kraft der sonne



pl_a_g_e 

GLOBAL 2000

FRIENDS OF THE EARTH AUSTRIA
DIE ÖSTERREICHISCHE UMWELTSCHUTZORGANISATION



... und folgende Organisationen: Aktionskomitee Stop Temelin, Bürgerinitiative Wolfau gegen 380 kV-Leitung, Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Biotrieb, Kärntner Plattform gegen grenznahe Atomanlagen, Niederösterreichische Plattform gegen Atomgefahr;

Geht es nach der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der OECD (Teilorganisation der UNO – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wird der Anteil der Atomenergie in den nächsten Jahrzehnten ansteigen:

Schätzungen der IAEA bis zum Jahr 2030

Die Anschlussleistung der derzeit 439 betriebenen Atomkraftwerken beträgt 372 Gigawatt. Schätzungen der IAEA zufolge soll die Anschlussleistung bis zum Jahr 2030 auf mindestens 473 GW (+ 27%) bzw. auf 748 GW (+ 100%) ansteigen. Die Schätzungen der IAEA sind dabei sehr vorsichtig und sie bleiben weit hinter ihren eigenen – sehr optimistischen – Schätzungen aus den 1970er, 1980er-Jahren zurück.

Die IAEA hat nämlich im Jahr 1976 geschätzt, dass zur Jahrtausendwende Atomkraftwerke mit einer Anschlussleistung von 2.300 GW am Netz sind. Im Jahr 1980 wurde die Prognose der Anschlussleistung auf 725 GW und im Jahr 1985 nochmals nach unten revidiert, und zwar auf 475 GW. Tatsächlich sind heute – im Jahr 2008 – AKWs mit einer Anschlussleistung von 372 GW am Netz – also rund einem Sechstel der ursprünglichen IAEA-Prognose!

Schätzungen der OECD

Die OECD schätzt, dass bis zum Jahr 2050 die Atomstromproduktion um den Faktor 1,5 bis 3,8 ansteigen wird. 2007 wurden aus AKWs 2.600 TWh produziert (zum Vergleich die Jahresproduktion der beiden Blöcke im AKW Temelin: ca. 12 TWh).

Aktuelle Zahlen dazu im Widerspruch!

Aktuell fällt der Anteil an der Stromproduktion, der aus Atomkraftwerken stammt:

2007 ist der weltweite Anteil auf 14% gefallen – nachdem der Anteil zwischen 1986 und 2005 relativ konstant bei 16% - 17% lag. In den

europäischen Ländern ist der Rückgang mit 6% sogar sehr deutlich ausgefallen! Gründe für den aktuellen Rückgang: Erdbeben in Japan legten gleich mehrere Atomkraftwerke lahm. Dazu kamen Störfälle und darauffolgende monatelange Ausfälle in deutschen, französischen und koreanischen AKWs.

Anzahl der Atomkraftwerke ebenfalls rückläufig!

Nicht nur der Anteil an der Stromproduktion, auch die Anzahl der Atomkraftwerke ist rückläufig: 2008 waren weltweit um fünf Atomkraftwerke weniger am Netz als noch vor fünf Jahren. Für Europa fällt der absolute Rückgang an Atomkraftwerken noch deutlicher aus: 146 Reaktoren sind derzeit in Betrieb – 1989 waren es noch 177 Atomreaktoren, das entspricht einem Minus von fast 20%.

„In Bau befindliche“ AKWs – genauer betrachtet ...

35 Atomreaktoren werden zur Zeit bei der Internationalen Atomenergiebehörde als „in Bau befindlich“ bezeichnet – 11 Atomreaktoren davon werden seit 20 (!!) Jahren als „in Bau befindlich“ bezeichnet. Den Rekord hält ein US-amerikanischer Reaktor, der seit 1972 in Bau ist ... Bei den verbliebenen 24 Atomreaktoren haben 15 noch keinen offiziellen Starttermin: es gibt also weder für die 7 russischen Standorte noch für drei chinesische Standorte und die zwei bulgarischen AKWs einen offiziellen Starttermin für den Baubeginn ...dennoch werden sie von der Internationalen Atomenergiebehörde als „in Bau befindlich“ angeführt.

Nukleare Hoffnungsländer in Fernost und Osteuropa

Auffallend ist, dass 30 von den 35 „in Bau befindlichen“ AKWs in Asien oder in Osteuropa liegen. Ebenso sind alle 14 AKWs, die zwischen 2004 und 2007 in Betrieb gegange-

gen sind, in Osteuropa (Rumänien, Russland, Ukraine) bzw. in Asien (China, Indien, Japan und Südkorea). Seit dem Beginn der 1970er-Jahre wurde kein AKW in den USA in Auftrag gegeben. Die einzigen beiden westlichen Atomkraftwerke werden derzeit in Frankreich (Flamanville) und Finnland (Olkiluoto) gebaut.

Laufzeitverlängerung – Leistungserhöhungen

Der Rückgang der Atomenergie wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken: Nach Informationen der IAEA, sind mehr als die Hälfte (227 AKWs) der derzeit betriebenen Atomkraftwerke (439 AKWs) zwischen 20 und 30 Jahre alt. Bei einer vorgesehenen Betriebsdauer von 30 bis 40 Jahren müssen in den kommenden Jahrzehnten alleine diese AKWs ersetzt werden, um den derzeitigen Anteil an Atomenergie halten zu können!

Die durchschnittliche Laufzeit aller bis zum heutigen Tag abgestellten Atomreaktoren beträgt 22 Jahre. Das Durchschnittsalter der jetzt laufenden Reaktoren beträgt 24 Jahre.

Die Internationale Atomenergiebehörde geht deshalb auch davon aus, dass mittelfristig der weltweite Anteil an der Atomstromproduktion auf 12% fallen wird. Mit welchen Schwierigkeiten beim Neubau von Atomreaktoren zu kämpfen ist, zeigt mit aller Deutlichkeit der finnische Reaktor Olkiluoto: Bestellt zu einem Fixpreis von 3,2 Milliarden EURO sollte das Vorzeigeprojekt 2009 in Betrieb gehen – derzeit muss allerdings von einer massiven Kostenüberschreitung (+1,5 Milliarden EURO) und einer Bauzeitverlängerung von mindestens 2 Jahren ausgegangen werden.

Kraftwerksbetreiber weichen nicht zuletzt deshalb gerne auf Laufzeitverlängerungen (wie im ungarischen AKW Paks, im holländischen AKW Borssele oder auch geplant im

tschechischen AKW Dukovany) bzw. auf Leistungserhöhungen aus (wie in den US-amerikanischen AKWs).

Ausstieg Deutschlands in Gefahr!

Der im Jahr 2000 beschlossene Atomausstieg Deutschlands scheint in ernsthafter Gefahr zu sein und zu einem zentralen Wahlkampfthema 2009 zu werden. Laut Atomausstiegsplan sollten 2009 zwei Atomreaktoren in Deutschland abgeschaltet werden – ob es dazu allerdings kommt, ist fraglich. Die Kraftwerksbetreiber lassen umfangreiche Revisionsarbeiten an den Atomkraftwerken vornehmen und zögern damit die Abschaltung hinaus. Sie hoffen wohl auf besseres „Klima“ und auf eine Revision des Atomausstiegs unter einer neuen Regierung. Bis zum Jahr 2029 sollten in Deutschland alle noch heute laufenden 17 Atomreaktoren abgeschaltet werden.

Gegenwind für die Atomindustrie

Die EU-Kommission hat in den letzten drei Jahren massive Anstrengungen unternommen, um den Gegenwind, der der Atomindustrie entgegenweht, abzumildern. Es ist klar: Wenn es der Atomindustrie

nicht gelingt, in punkto Sicherheit der Atomkraftwerke und der Frage der Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle überzeugende Schritte zu setzen, wird die öffentliche Meinung zuungunsten der Atomindustrie ausfallen – trotz des viel strapazierten Arguments, dass mit der Atomenergie ein wirksames Mittel gegen den Klimawandel bereit steht. Laut jüngster Meinungsumfrage von EUROBAROMETER (Juni 2008) halten sich in der Europäischen Union die Atomkraftgegner und Atomkraftbefürworter annähernd die Waage (44% bzw. 43%).

Um am Image der Atomindustrie zu polieren, hat die EU-Kommission bereits 2005 beschlossen, jährlich 80 Millionen EURO bereitzustellen, um die EU-Forschung zum Thema „Atom Müll“ zu konzentrieren und damit zu einer breiteren Akzeptanz der Atomenergie beizutragen. Außerdem wurden 2007 mit dem Europäischen Nuklearforum (ENEF), das zweimal jährlich und abwechselnd in Prag und in Bratislava tagt und der Höheren Gruppe für Sicherheit und radioaktiven Abfall, Gremien geschaffen, in denen „tabulos“ über die Atomenergie diskutiert werden soll. Bei dieser „tabulosen“ Diskussion sind auch Anti-Atom-Organisationen eingebunden – in ihrer Anzahl und im Verhältnis zu den Atomlobbyisten

allerdings weit unterrepräsentiert.

Hoffnungsschimmer der Atomindustrie – „Angst vor dem Klimawandel“

Investitionen in die Atomenergie stellen keine Maßnahmen dar, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls zur Verringerung der Treibhausgase anerkannt werden! Dennoch werden die Atomindustrie und ihre Lobbyisten nicht müde, Atomenergie als DEN Klimaretter darzustellen. Die öffentliche Meinung in Europa spricht eine klare Sprache: 61% der EuropäerInnen sind der Meinung, der Anteil an Atomenergie sollte wegen der Gefahren eines Unfalls und wegen der ungelösten Probleme mit dem Abfall reduziert werden. Weniger als ein Drittel spricht sich für die Erhöhung des Atomanteils aus.

Klimarettung durch die Atomindustrie genauer betrachtet

Sowohl die Anzahl der Atomkraftwerke als auch der Anteil an Atomstrom wird in den nächsten Jahren abnehmen. Weder Leistungserhöhungen bei den bestehenden Atomkraftwerken noch Laufzeitverlängerungen werden daran etwas ändern können. Und selbst eine Verdreifachung der nuklearen Kapazitäten würde nur einen Beitrag von ca. 10% zur angestrebten Reduktion der Treibhausgasemission leisten können. Eine Verdreifachung der nuklearen Kapazitäten bis zum Jahr 2030 würde aber bedeuten, dass – aufgrund der bis dahin zu erfolgenden Abschaltungen – jährlich 60 neue AKWs mit einer Leistung von 1000 MW (=Größe eines Reaktorblocks von Temelin) in Betrieb gehen müssten. Der Uranbedarf würde von derzeit jährlich 70.000 Tonnen Uran auf ca. 210.000 Tonnen Uran ansteigen – somit wären im Jahr 2030 alle heute bekannten Uranvorräte ausgeschöpft.

Quellen:

IAEA PRIS, OECD, World Nuclear Industry Status Report Mycle Schneider 2008, Ökologie-Institut 2006.



Laufen Sie mit uns für „Österreich - RAUS aus EURATOM“

... beim 8. OMV Linz Marathon 2009!

Für den 8. OMV LINZ MARATHON 2009 am 17. Mai 2009 suchen wir noch LäuferInnen, die mit uns ein Zeichen setzen für den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag.

Wir wollen zeigen, dass die Anti-Atom-Bewegung in Österreich über einen langen Atem verfügt und nicht müde wird, die Politik in die Verantwortung zu nehmen und zum Handeln gegen die mächtige Atomindustrie aufzufordern.

Ziel: 100 atomstopp LäuferInnen

Nach dem großartigen Erfolg beim Linz Marathon 2008, bei dem 20 atomstopp LäuferInnen erfolgreich den Marathon mit „RAUS aus EURATOM“ Fahnen im Zieleinlauf beendet haben, möchten wir für 2009 100 oder mehr Laufbegeisterte gewinnen, die gemeinsam mit uns für „Österreich - RAUS aus EURATOM“ laufen.

Wir freuen uns, wenn Sie mit uns Kontakt aufnehmen:

Email: post@atomstopp.at

Telefon: 0732 / 774275

Gelaufen werden die üblichen Distanzen: Viertelmarathon (10,5 km), Halbmarathon (21,1 km), und Marathon (42,195 km).



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

F.d.l.v.: Roland Egger; Texte, Layout, grafische Umsetzung: Claudia Kothgassner, Jakob Luimpöck

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmH, 4240 Freistadt; gedruckt mit oekostrom
atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz

